

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
1. Kapitel: Einführung: Soziales Recht der Arbeit und das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	25
A. Die Fragestellungen des Projekts SozRA: Begründung und Ausgestaltung des Rechts auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	25
B. Das Forschungsdesign: Gegenstände und Operationalisierung	27
I. Gegenstand: Lebenslauf und Übergangssituationen	27
1. Eingrenzungen	27
a) Brüche und Übergänge in der mittleren Lebensphase von Beschäftigten	28
b) Gleichzeitigkeiten, „interne“ Flexibilitäten und Ermöglichungsrechte: Regeln für die Konfliktlösung im Rahmen bestehender Beschäftigungsverhältnisse	29
2. Erweiterung und Verallgemeinerungen	30
3. Abgrenzungen	31
II. Operationalisierung: Risiken, Interessen und Bedarfslagen/ Schutzbedürfnisse	32
1. Gesellschaftliche Voraussetzungen und die sozialpolitische Einbindung des Rechts auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	32
2. Ermöglichungsrechte/individualisierte Anpassung	34
3. Soziale Sicherung von Folgen und Risiken	36
4. „Recht“: Europarecht, Gesetz, Kollektivverträge und ausländisches Recht	37
III. Interdisziplinarität: Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Zusammenspiel von Arbeits- und Sozialrecht	38
1. Übergangssituationen und ihre Konsequenzen im Lebensverlauf: Empirische Erkenntnisse	38
2. Arbeits- und Sozialrecht: Ermöglichung von Individualisierung und soziale Sicherung	39
3. „Verfahren“	40
a) Die Frage der Rechtsdurchsetzung	40
b) Die Betriebsräte-Sonderbefragung und ihre Methodik	40

C. Der Forschungs- und Bezugsrahmen	43
I. Neue Anforderungen an die Regulierung aus einer Lebenslaufperspektive	43
1. Erwerbslebenslauf und Übergänge	44
a) Geschlechterarrangements und Lebensläufe	45
b) Instrumente von „Lebenslaufpolitik“ und die Rolle des Rechts	46
c) „Übergänge“ als Herausforderungen der Lebenslauf- und Arbeitsmarktpolitik	47
2. Lebenslauf und „Normalarbeitsverhältnis“	49
a) Normative Bedeutung und empirische Veränderung von Normalität(sannahmen)	50
b) Kritik und Herausforderungen aus geschlechterpolitischer Sicht	51
3. Ziehungsrechte und Optionen	53
II. „Soziales Recht der Arbeit“: Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	54
1. „Soziales Recht der Arbeit“ zur Befähigung von Menschen im gesellschaftlichen Kontext	54
a) „Soziales Recht“ im rechtshistorischen Kontext	54
b) „Soziales Recht“ als Grundprinzip moderner Sozialstaatlichkeit	56
c) Rechte auf Befähigung und Ermöglichung im gesellschaftlichen Kontext	57
2. Flexicurity?	58
3. Prekarität als Hindernis selbstbestimmter Erwerbsbiografien	60
D. Überblick über das vorliegende Buch	62
2. Kapitel: Die Rechtsgrundlagen des Rechts auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	63
A. „Soziales Recht der Arbeit“ und soziale Rechte	63
B. Freiheitsrechte in Bezug auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	65
I. Einzelne Freiheitsrechte	65
1. Berufsfreiheit	65
2. Freizügigkeit in Deutschland und der EU	70
3. Schutz der Familie	71
4. Allgemeine Handlungsfreiheit	73
5. Weitere besondere Freiheitsrechte	74

II. Wirkungsweise der Freiheitsrechte zugunsten einer selbstbestimmten Erwerbsbiografie im Arbeits- und Sozialrecht	75
1. Abwehr staatlicher Eingriffe	75
2. Schutz vor Machtgefälle	75
3. Freiheit und Teilhabe	78
C. Rechte auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie durch Gleichheit und Diskriminierungsschutz im deutschen und im europäischen Recht	79
I. Allgemeine Gleichheitssätze	79
II. Besondere Gleichheitsrechte/Diskriminierungsschutz	80
1. Schutz vor Altersdiskriminierung	80
2. Gleichbehandlung der Geschlechter und geschlechtstypischer Lebensläufe	82
3. Schutz vor Benachteiligung wegen familienbedingter Übergänge im Erwerbslebenslauf	83
4. Benachteiligungsschutz bei behinderungsbedingten Übergängen im Erwerbslebenslauf	85
5. Ethnische Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit	85
III. Wirkungsweise der Gleichbehandlungsrechte zugunsten einer selbstbestimmten Erwerbsbiografie im Arbeits- und Sozialrecht	86
1. Verpflichtete der Gleichheitssätze	86
2. Gleichheit und Teilhabe	87
3. Instrumente des Diskriminierungsschutzes	88
a) Diskriminierungsverbote	88
b) Angemessene Vorkehrungen	89
c) Positive Maßnahmen	91
D. Ergebnis: Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie im sozialen Rechtsstaat	92
3. Kapitel: Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie bei gesundheitlicher Einschränkung und Behinderung	94
A. Empirische Grundlagen	95
I. Ausmaß von Krankenstand und Krankengeld	95
II. Erwerbsbiografien nach Krankengeldbezugsmustern	98
1. Krankengeldbezugsmuster (Typisierung)	98
2. Krankengeldbezugsmuster und Erwerbsbiografie	100
3. Zusammenhang Krankheit und Arbeitslosigkeit	101
III. Erwerbsminderung und Rentenzahlbeträge	101
IV. Konsequenzen und Herausforderungen eines Sozialen Rechts der Arbeit	104

B. Ermöglichungsrechte/Rechte auf individualisierte Anpassung	104
I. Anwendungsbereich SGB IX	105
II. Anpassungsansprüche von Beschäftigten	105
1. Individualansprüche auf Anpassung von Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten für schwerbehinderte Menschen	106
a) Behinderungsgerechte Arbeitsbedingungen	106
b) Stufenweise Wiedereingliederung	107
c) Reduzierung der Arbeitszeit	109
d) Zumutbarkeitsvorbehalt	109
2. Beschränkung der Ansprüche auf schwerbehinderte Beschäftigte?	110
3. Allgemeine Rechtsgrundlagen für behinderungsgerechte Arbeitsbedingungen	111
4. Anpassungsobliegenheiten aus dem Kündigungsschutzrecht	113
5. Zur Effektivität der Rechte	114
III. Die Finanzierung von Übergängen	115
1. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation)	115
a) Leistungen an die Betroffenen (§ 33 SGB IX)	116
aa) Leistungsträger	116
bb) Rechtscharakter der Leistungsgewährung: Anspruch oder Ermessen?	117
cc) Verhältnis der sozialrechtlichen Leistungen zu arbeitsrechtlichen Ansprüchen	118
b) Leistungen an Arbeitgeber (§ 34 SGB IX)	119
2. Leistungen der medizinischen Rehabilitation	119
3. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (soziale Rehabilitation)	121
4. Begleitende Hilfen im Arbeitsleben durch das Integrationsamt	121
C. Risiken in Übergangssituationen	122
I. Einkommensrisiko	122
1. Arbeitsunfähigkeit bei Krankheit und Behinderung	122
a) Sicherung bei Arbeitsunfähigkeit im Arbeitsverhältnis	122
b) Absicherung während stufenweiser Wiedereingliederung (stW)	123
c) Absicherung bei Arbeitsunfähigkeit während Arbeitslosigkeit	125
2. Erwerbsminderung	125
a) Leistungsvoraussetzungen	125
b) Leistungshöhe und Hinzuverdienstmöglichkeiten	126

c) Weiterbeschäftigung für Teilerwerbsgeminderte	128
3. Änderung der Arbeitsbedingungen/Tätigkeit im gleichen Arbeitsverhältnis	128
II. Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsfähigkeit	129
1. Kündigungsschutz	129
2. Arbeitslosigkeit	130
III. Sekundäre Risiken	130
1. Alterssicherung	130
2. Krankheit und Pflegebedürftigkeit	131
D. Durchsetzung der Ansprüche durch Verfahren	132
I. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 Abs. 2 SGB IX	133
1. Die Anforderungen des BEM	133
2. Darlegungs- und Beweislast und Verfahrensobliegenheiten im Kündigungsschutz	134
3. Zur Effektivität des BEM	134
II. Kündigungsprävention nach § 84 Abs. 1 SGB IX	136
III. Betriebliche Mitbestimmung und Mitwirkung	136
1. Betriebliches Eingliederungsmanagement	136
a) Informations- und Klärungsrechte des Betriebsrats	136
b) Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	138
2. Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrats bei Umsetzung von individuellen Ansprüchen auf behinderungsgerechte Beschäftigung	139
3. Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	140
4. Integrationsvereinbarung	141
5. Zur Effektivität der Mitwirkung betrieblicher Interessenvertretungen	141
IV. Beteiligung externer Akteurinnen und Akteure	142
E. Zusammenfassende Bewertung	143
I. Die Ermöglichung kontinuierlicher Erwerbsarbeit	144
II. Soziale Sicherung für selbstbestimmte Entscheidungen über die Erwerbsbiografie	145

4. Kapitel: Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie im Fall von privater Sorgearbeit	147
A. Empirische Grundlagen	147
I. Die sozialen Folgen im Alter nach einer Übernahme von Sorgearbeit	147
1. Sorgearbeit in den Rentendaten	147
2. Sorgearbeit und Geschlechterverhältnisse	150
3. Die Bedeutung des Haushaltskontextes	152
II. Soziale Folgen der Sorgearbeit im Erwerbslebenslauf	153
III. Konsequenzen und Herausforderungen eines Sozialen Rechts der Arbeit	155
B. Ermöglichungsrechte/Rechte auf individualisierte Anpassung	155
I. Betreuung von Kindern	155
1. Rechte auf längerfristige Freistellung	155
a) Elternzeit	156
b) Tarifliche Regelungen	157
2. Rechte auf kurzfristige Freistellung	158
a) Freistellung zur Betreuung kranker Kinder	158
b) Freistellung wegen dringender persönlicher Angelegenheiten und Hindernisse	158
c) Tarifliche Ansprüche	159
3. Rechte auf Reduzierung der Arbeitszeit	159
a) Elternzeit	160
b) Allgemeiner Teilzeit- (und Vollzeit-)Anspruch	160
aa) Verhältnis zu den Ansprüchen aus dem Elternzeitgesetz	160
bb) Ablehnungsgründe des Arbeitgebers und unternehmerische Entscheidung	161
cc) Befristung des Teilzeitantrags?	162
dd) Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung	163
c) Besondere Regelungen im öffentlichen Dienst (BGleG)	163
d) Tarifliche Regelungen und betriebliche Mitbestimmung	164
4. Rechte auf Änderung der Lage der Arbeitszeit	164
a) Versetzung von Nachtarbeitern auf einen Tagesarbeitsplatz	165
b) Anpassung der Lage der Arbeitszeit im Zuge einer Verringerung der Arbeitszeit	165
aa) Teilzeit- und Befristungsgesetz	166
bb) Elternzeit	168
c) Begrenzungen des arbeitgeberseitigen Weisungsrechts	169

d) Rechte auf Prävention von Geschlechterdiskriminierung:	
Angemessene Vorkehrungen	170
e) Gleichstellungsrecht im öffentlichen Dienst	171
f) Tarifliche Ansprüche	172
5. Anspruch auf neue Arbeitsarrangements nach der Elternzeit	173
6. Ansprüche auf Unterstützung durch Sach- und Dienstleistungen	175
a) Rechte auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung	175
b) Betriebskindergärten, Notfallbetreuung und entsprechende Ansprüche	176
c) Rechte von Berufsrückkehrern in der aktiven Arbeitsförderung	176
II. Pflege Angehöriger	177
1. Rechte auf längerfristige Freistellung	178
a) Gesetzliche Pflegezeit	178
b) Tarifliche Regelungen	179
2. Rechte auf kurzfristige Freistellung	179
a) Rechte aus dem Pflegezeitgesetz	179
b) Freistellung wegen dringender persönlicher Angelegenheiten	179
3. Rechte auf Reduzierung der Arbeitszeit	180
a) Pflegeteilzeit	180
b) Kein Anspruch aus dem Familienpflegezeitgesetz	180
4. Ansprüche auf Änderung der Lage der Arbeitszeit	180
5. Ansprüche auf Unterstützung durch Sach- und Dienstleistungen	181
III. Sonstige Sorgearbeit	181
IV. Zur Effektivität der Rechte	181
C. Risiken in Übergangssituationen	183
I. Betreuung von Kindern	183
1. Einkommensrisiko	183
a) Genereller Entgeltanspruch bei kurzzeitiger Abwesenheit, § 616 BGB	183
b) Krankengeld bei Krankheit des Kindes bis zu zehn Tage im Jahr, § 45 Abs. 1 SGB V	184
c) Elterngeld	185
d) Tarifliche Regelungen	185
2. Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsfähigkeit	186
a) Kündigungs- und Bestandsschutz	186
aa) Beschäftigungsgarantie im BEEG	186

bb) Kündigungsschutz im TzBfG	187
cc) Rückkehrrechte und Arbeitsplatzgarantien	187
b) Rechte auf berufliche Weiterentwicklung	188
3. Sekundäre Risiken	190
a) Alterssicherung und Erwerbsminderung	190
b) Krankheit und Pflegebedürftigkeit	190
c) Arbeitslosigkeit	191
II. Pflege Angehöriger	191
1. Einkommensrisiko	192
a) Allgemeiner Entgeltanspruch bei kurzzeitiger Abwesenheit:	
§ 616 BGB	192
b) Keine Absicherung bei längerfristiger Freistellung	192
c) Pflegegeld	193
2. Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsfähigkeit	193
3. Sekundäre Risiken	194
a) Alterssicherung	194
b) Krankheit und Pflegebedürftigkeit	194
c) Arbeitslosigkeit	195
III. Sonstige Sorgearbeit	195
D. Durchsetzung der Ansprüche durch Verfahren	196
I. Die Verhandlung des Teilzeitanpruchs in § 8 Abs. 3 TzBfG	196
II. Beteiligungsrechte von Betriebs- und Personalrat sowie der Gleichstellungsbeauftragten	198
1. Mitbestimmungsrechte bezüglich der Lage der Arbeitszeit	199
2. Anhörung nach § 6 Abs. 4 Arbeitszeitgesetz	201
3. Kontrolle der Pflichten aus dem BGleG im Öffentlichen Dienst	201
4. Betriebs- und Dienstvereinbarungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	201
5. Zur Praxis der betrieblichen Mitbestimmung	202
E. Zusammenfassende Bewertung	202
I. Wertungswidersprüche	202
1. Unterschiedliche Behandlung und Gewichtung von Pflege und Kinderversorgung	202
2. Förderung überkommener Rollenbilder statt Selbstbestimmung?	203
II. Schutzlücken für Pflegepersonen	204
III. Lücken bei betrieblichen Arbeitszeitkonflikten	205
1. Befristete Teilzeit und Recht auf Vollzeit	205
2. Rückkehr aus der Elternzeit	206

3. Anspruch auf Anpassung der Lage der Arbeitszeit	206
IV. Die Rolle von Betriebs- und Tarifparteien	207
5. Kapitel: Rechte auf Weiterbildung	209
A. Empirische Grundlagen	209
I. Zur Nutzung von Weiterbildung	210
1. Weiterbildung: Empirische Häufigkeit und Motivation	210
2. Hindernisse, insbesondere Zeit und Kosten	211
3. Ungleiche Wahrnehmung von Weiterbildungsmöglichkeiten	213
II. Konsequenzen und Herausforderungen eines Sozialen Rechts der Arbeit	217
B. Ermöglichungsrechte/Rechte auf individualisierte Anpassung	217
I. Weiterbildung im Arbeitsverhältnis – arbeitsvertragliche Grundsätze	218
1. Arbeitgeberpflichten	218
2. Arbeitnehmerpflichten	220
3. Umfang und Gegenstand der arbeitsvertraglichen Rechte	221
II. Gesetzliche Regelungen zur Ermöglichung von Weiterbildung, insbesondere Ansprüche auf Lernzeiten	222
1. Gesetzliche Rechte auf Weiterbildung	222
2. Rechte auf Freistellung	223
a) Ansprüche aus Gesetz – Bildungsurlaubsgesetze	224
b) Anspruch auf Arbeitszeitreduzierung auf Null	224
c) Freistellungsansprüche in Tarifverträgen	225
d) Freistellungsansprüche aus Betriebsvereinbarungen	227
3. Rechte auf Reduzierung der Arbeitszeit	227
4. Rechte auf Änderung der Lage der Arbeitszeit durch Begrenzung des arbeitgeberseitigen Weisungsrechts	228
III. Die Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen	228
1. Rechte gegenüber dem Arbeitgeber	228
a) Arbeitsvertrag als Rechtsgrundlage	228
b) Tarifliche Regelungen	230
c) Betriebsvereinbarungen	231
2. Finanzierung über Gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	231

3. Rechte gegenüber der Versicherungsgemeinschaft	232
a) Förderung Geringqualifizierter bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmerinnen	232
aa) Individuelle Voraussetzungen	232
i) Vermeidung drohender Arbeitslosigkeit	232
ii) Geringqualifizierte	234
bb) Maßnahmebezogene Voraussetzungen	234
cc) Beratung und Ermessen	237
dd) Umfang der Förderung	238
b) Förderung eines nachträglichen Schulabschlusses	238
c) Förderung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	239
d) Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Beschäftigter	240
4. Finanzierung aus Steuermitteln, insbesondere Meister-BAföG	242
C. Risiken in Übergangssituationen	243
I. Einkommensrisiko	243
1. Entgelt- oder Entgeltersatzansprüche	243
a) Entgeltansprüche	243
b) Zuschüsse zum Arbeitsentgelt – an den Arbeitgeber	244
c) Tarifliche Umlageverfahren	244
2. Leistungen der Sozialversicherung	245
a) Arbeitslosengeld	245
b) Übergangsgeld	246
3. Steuerfinanzierte Sozialleistungen	246
a) BAföG	247
b) Meister-BAföG	247
II. Sekundäre Risiken	248
1. Fortsetzung der Versicherung aufgrund „Beschäftigung“	248
2. Weiterbildung als eigenständiger Versicherungstatbestand	249
a) Krankheit und Pflegebedürftigkeit	250
b) Alterssicherung	251
c) Arbeitslosigkeit	252
D. Durchsetzung der Ansprüche durch Verfahren	252
I. Ermittlung des Qualifizierungsbedarfes und Beratung	252
1. Individuelle Rechte	253
a) Innerbetriebliche Qualifizierungsgespräche	253
b) Beratung durch die Agentur für Arbeit	255
2. Kollektive Rechte: Berufsbildungsplan	255

II. Betriebliche Mitbestimmung	256
1. Gegenstand und Umfang der Mitbestimmung und Mitwirkung	256
2. Zur Effektivität	257
III. Externe Beratung	257
1. Beratung durch die Bundesagentur (§§ 29-34 SGB III)	257
2. Beratungsagenturen als gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	258
E. Zusammenfassende Bewertung	258
I. Weiterbildung für Erhaltung und Anpassung des Arbeitsverhältnisses	259
II. Berufliche Weiterbildung zur persönlichen Fortentwicklung	259
III. Verbesserte Risikoabsicherung	261
IV. Ausbau unterstützender Infrastrukturen	262
 6. Kapitel: Flexible Arbeitszeit als Instrumente für ein Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie (insbesondere: Wertguthaben)	 263
A. Empirische Grundlagen	263
I. Funktionen von Arbeitszeitkonten	263
1. Flexibilisierung der Arbeitszeit ("Jahresarbeitszeitkonto")	264
2. Ansparen von Zeit für Selbstbestimmung in der Erwerbsbiografie ("Langzeitkonten")	264
a) Wertguthabenvereinbarung	265
b) Zeit für Pflege (insbesondere Familienpflegezeitgesetz)	266
c) Lernzeitkonten	267
II. Zur Verbreitung	267
1. Arbeitszeitkonten allgemein	267
2. Nutzung und Zwecksetzung von Wertguthaben	268
III. Konsequenzen und Herausforderungen eines Sozialen Rechts der Arbeit	271
B. Ermöglichungsrechte/Rechte auf individualisierte Anpassung	271
I. Arbeitszeitkonten allgemein	272
1. Allgemeines	272
2. Kollektivvertragliche Regeln über die Entnahme	273
II. Langzeitkonten, insbesondere Wertguthaben	274
1. Regeln über die Entnahme	274
2. Verhältnis zu anderen Freistellungs- oder Reduzierungsansprüchen	277

III. Rechte aus dem Arbeitszeitkonto und Rechte auf ein Arbeitszeitkonto	278
1. Entnahme und Ansparen	278
2. Recht auf ein Arbeitszeitkonto?	279
C. Risiken in Übergangssituationen	280
I. Einkommensrisiko	280
II. Sicherung des Guthabens gegen Zukunftsrisiken	281
1. Insolvenz	281
a) Insolvenzsicherung bei Wertguthaben	282
b) Insolvenzsicherung bei Arbeitszeitkonten	283
c) Zur Effizienz	284
2. Wertverluste	286
3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	287
III. Sekundäre Risiken	288
1. Bei Wertguthaben	288
2. Bei sonstigen Arbeitszeitkonten	288
D. Durchsetzung der Ansprüche durch Verfahren	288
I. (Jahres- und andere) Arbeitszeitkonten	288
II. Wertguthaben	289
E. Zusammenfassende Bewertung	290
I. Der Rechtsrahmen eines Anspruchs auf Zeitwertkonten	291
II. Portabilität und Risikosicherung	292
III. Zeitwertkonten als Instrument zur Finanzierung „privater“ Interessen	292
7. Kapitel: Rechtliche Instrumente zur Verwirklichung des Rechts auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	294
A. Ermöglichungsrechte/Rechte auf individualisierte Anpassung	295
I. Rechte auf individualisierte Anpassung im Betrieb	295
1. Rechtsgrundlagen	295
2. Konditionierte und unkonditionierte Rechte	297
3. Anpassungsrechte als (angemessene) Vorkehrungen zur Verhinderung von Diskriminierung	297
II. Struktur arbeitsrechtlicher Anpassungsansprüche	298
1. Gegenstände	298
2. Reversibilität und Flexibilität der Anpassung	300
3. Rechtscharakter und rechtliche Struktur der Ansprüche	301
a) Rechte auf fehlerfreie Ermessensausübung	301

b) Rechte unter Zustimmungsvorbehalt des Arbeitgebers	301
c) Ansprüche unter Vorbehalt „betrieblicher Interessen“	302
d) Die strukturelle Äquivalenz zwischen Beurteilungs- und Ermessensspielräumen	304
III. Beurteilungs- und Ermessensspielräume im Arbeitsrecht	305
1. Individuelle Verhandlungsrechte	305
2. Betriebliche Mitbestimmung	307
a) Konkretisierung betrieblicher Interessen	307
b) Verfahren als Gegenstand der Mitbestimmung	308
3. Die Regelung des Verhältnisses von kollektiven und individuellen Interessen	309
a) Das Urlaubsrecht als Regelungsvorbild	310
b) Individuelle Interessen bei der Ausübung von Mitbestimmungsrechten	310
IV. Kündigungsschutzrechtliche Konsequenzen von Pflichtverletzungen des Arbeitgebers	311
1. Anpassung als milderes Mittel	312
2. Beeinflussung der Darlegungs- und Beweislast bei Missachtung von Verfahrensvorgaben	313
B. Die Finanzierung von Übergängen	313
C. Risiken in Übergangssituationen	314
I. Einkommensrisiko	314
1. Finanzierungslast	315
2. Entgeltausfallprinzip oder soziale Grundsicherung	317
a) Überblick über die Grundprinzipien in der sozialen Sicherung	317
b) Begründungsmuster und Bewertungen	318
3. „Alles oder nichts“ oder Teilsicherung	319
a) Überblick über die rechtlichen Vorgaben	320
b) Bewertung	321
4. Die Berücksichtigung des “Haushaltskontextes“	322
II. Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsfähigkeit	323
1. Kündigungsschutz	323
2. Sonstiger Bestandsschutz	323
3. Rechte auf berufliche Weiterentwicklung	324
4. Arbeitslosigkeit	325
III. Sekundäre Risiken	325
1. Versicherungstatbestände	326
a) Fortsetzung der Versicherung	326
b) Anknüpfung an Bezug von Entgeltersatzleistungen	326

c) Anknüpfung des Versicherungsschutzes an soziale Tatbestände	327
d) Versicherungsberechtigung	328
2. Anwartschaftszeiten	328
3. Leistungsansprüche	330
4. Finanzierung	331
D. Betriebliche Konflikte und öffentliche Förderung in Übergangssituationen: Das BEM als Regelungsvorbild	332
I. Betriebliche Anpassungsprozesse und ihre sozialversicherungsrechtliche Unterstützung	333
II. Beratung und Beteiligung durch unterschiedliche Akteurinnen und Akteure	333
III. Bestimmte Eingreifzeitpunkte verpflichten zu präventivem Handeln	334
8. Kapitel: Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie als Beitrag zu einem Sozialen Recht der Arbeit	336
A. Bausteine des Rechts auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie	337
I. Rechte auf individualisierte Anpassung in betrieblichen Konflikten	337
1. Ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Anpassung	337
2. Ein reflexives Soziales Recht der Arbeit: Regeln für die betriebliche Konfliktbearbeitung	338
a) Die betriebliche Mitbestimmung	339
b) Das rechtlich gestaltete Übergangsmanagement	340
c) Definition von Eingreifzeitpunkten	341
3. Effektivität: Materielle Rechte und Verfahren	342
II. Die soziale Sicherung von Risiken in Übergangssituationen	343
1. Lebensstandardsicherung für grundrechtlich geschützte Übergangssituationen	343
2. Die Möglichkeit von Teilleistungen als Grundprinzip	344
3. Beratung und Unterstützung als Infrastrukturleistung des Staates	345
III. Gesetz und Kollektivverträge (insbesondere: Überbetriebliches Übergangsmanagement)	345
IV. „Ziehungsrechte“ und „garantierte Optionen“?	346
1. Arbeits- und Sozialrecht: Betriebliche Konflikte und soziale Sicherung	346
2. Rechtsansprüche statt optionaler Ziehungsrechte und Konten	347

3. Trennung von Ansprüchen und ihrer Finanzierung	349
4. Die Bündelung von Rechten im „Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie“	350
B. Bausteine eines Sozialen Rechts der Arbeit	350
I. Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie als Leitbild eines neuen Normalarbeitsverhältnisses	351
II. Aktuell: Einzelne rechtspolitische Konsequenzen	352
1. Rechte für betriebliche Anpassung	352
2. Soziale Sicherung	353
3. Verallgemeinerungen und Erweiterungen	354
4. Instrumente gegen prekäre Beschäftigung durch Befristung und Leiharbeit	354
5. Die Bewältigung von (Zeit-)Stress und alternsgerechtes Arbeiten	355
6. „Selbstständigkeit“: Die Grenzen des Arbeitsrechts?	356
7. Zur Effektivität von Rechten: Die Grenzen des Rechts	357
Literaturverzeichnis	359
Paragraphenverzeichnis	379